



**Tagesordnung I Punkt 6 der öffentlichen Sitzung am 21. April 2010**

Vorlagen-Nr. 10-F-25-0031

**Eingliederungshilfen für Kinder und Jugendliche mit Rechen- oder Lese-Rechtschreibstörungen  
- Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN und FDP vom 13.4.2010 -**

Das Kinder- und Jugendhilfegesetz sieht vor, dass Kinder und Jugendliche, die von einer diagnostizierten Rechen- und/oder Lese-Rechtschreibstörung betroffen sind, entsprechende Fördermaßnahmen erhalten. Die Fördermaßnahmen können sowohl von schulischen Trägern als auch von freien Trägern der Jugendhilfe durchgeführt werden.

Der Sozialausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

- 1) Wie viele Kinder und Jugendliche mit diagnostizierten Teilleistungsstörungen (Fallzahlen) nehmen jährlich an Fördermaßnahmen gem. § 35 a in Verbindung mit § 27 KJHG (SGB VIII) in der Landeshauptstadt Wiesbaden teil?
- 2) Wie hoch sind die Fallzahlen im Bereich
  - a) der schulischen Fördermaßnahmen und
  - b) der außerschulischen Fördermaßnahmen und wie haben sich die Fallzahlen in den vergangenen drei Jahren entwickelt?
- 3) Welche Informationen über die soziale Herkunft der betroffenen Kinder und Jugendlichen gibt es?
- 4) Auf welche Summe belaufen sich die im Doppelhaushalt 2010/11 bereitgestellten Mittel und wie verteilen sie sich auf
  - a) die schulischen Träger und
  - b) die freien Träger der Jugendhilfe?
- 5) Von welchen Wartezeiten müssen Kinder und Jugendlichen i.d.R. ausgehen, bis sie an einer entsprechenden Fördermaßnahme teilnehmen können?
- 6) Wie schätzt der Magistrat die Entwicklung und Verteilung der Fallzahlen ein?
- 7) Werden entsprechende Maßnahmen auch über die gesetzlichen und/oder die privaten Krankenkassen gefördert? Wenn ja, welche formalen Bedingungen sind hierfür maßgeblich?

Die Ergebnisse dieses Berichts sind ebenfalls an den Ausschuss für Schule und Kultur weiterzugeben.

---

**Beschluss Nr. 0053**

Der Antrag wird angenommen.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .04.2010

Diers  
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .04.2010

Dem Magistrat  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Nickel  
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat  
- 16 -

Wiesbaden, .04.2010

Dezernat VI  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dr. Müller  
Oberbürgermeister